



“Body count” unter Zivilisten bei kolumbianischer Armee

Tommy Ramm

Erfolgreich im Kampf gegen Rebellen Gruppen, weiße Weste in Sachen Menschenrechte: So stellte die kolumbianische Regierung die auf mittlerweile 250.000 Mann starke Armee, die von Präsident Uribe Vélez zum finalen Kampf gegen die einst starken Guerillagruppen getrommelt wurde, in den letzten Jahren gerne dar. Dass diese Annahme weit gefehlt ist, zeigte sich jedoch die letzten Tage. Offenbar hatten die Streitkräfte seit Jahren systematisch Zivilisten auf makabre Weise rekrutieren lassen und in entlegenen Regionen des Landes ermordet, um sie als gefallene Bewaffnete zu präsentieren. Mittlerweile mussten 27 hochrangige Militärs und der Chef der Armee, General Mario Montoya, ihre Posten verlassen. Für die Regierung dennoch kein Anlass, politische Konsequenzen zu ziehen.

Der Fall legte bisher nur die Spitze des Eisberges frei. Im Januar diesen Jahres meldeten mehrere Familien in der Stadt Soacha, einem Vorort südlich der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá, 20 Jugendliche als vermisst. Die Behörden der Stadt, die mittlerweile mit den Ausläufern grossflächiger Armutsviertel Bogotá ein weitläufiges Häusermeer bildet, schenken den Meldungen wenig Bedeutung. Acht Monate später jedoch sollten diese Anzeigen den Anstoss zu einem der grössten Skandale liefern, den die kolumbianische Armee in den letzten Jahren erlebt hatte und der vielen hochrangigen Militärs ihre Posten kostete. Im August meldeten sich Mitarbeiter einer Spezialeinheit der Staatsanwaltschaft, die mit der Identifizierung von in Massengräbern verscharrten Unbekannten beauftragt ist, bei einem der Familienangehörigen. Demnach hätten die Merkmale des Verschwundenen mit denen eines Opfers übereingestimmt, was dank eines neu eingeführten Systems zur Opferidentifizierung möglich wurde. Wenige Tage später bestätigten die Familienangehörigen, dass es sich bei mehreren Toten in einem Massengrab um ihre Verwandten handelte. Elf Jugendliche aus Soacha wurden entdeckt: 400 Kilometer entfernt von ihrem Heimatort nahe der venezolanischen Grenze, laut der Armee im Gefecht gefallene Rebellen - nur einen Tag nach der Vermisstenanzeige durch die Familien.

Allianz zwischen Militärs und Mafia

Nachdem der Fall immer höhere Wellen in den Medien schlug, berief das kolumbianische Verteidigungsministerium unter Minister Juan Manuel Santos eilig eine Kommission ein, welche die genaue Rolle der Armee bei den krassen Unstimmigkeiten untersuchen sollte. Dabei ging es allerdings nicht darum, Schuldige in einem klaren Fall schwerer Menschenrechtsverletzungen zu suchen, sondern offensichtliche Kontrollschwächen innerhalb des Militärapparats ausfindig zu machen. Ende Oktober legte die Kommission ihre Schlussfolgerungen vor, die es in sich hatten: Demnach analysierten die Vorgesetzten verschiedener Militäreinheiten nicht die militärischen Ziele und die vermeintlichen Gegner, die für Gefechte ausgewählt wurden, noch wurden die Gefechtsberichte im Nachhinein geprüft. Bei einem der Jugendlichen aus Soacha, der das Opfer eines Schirmmützens gewesen sein soll, wurden drei Schusswunden gefunden. Allerdings erklärte der Militärbericht der involvierten Einheit, dass mehr als 1000 Patronen verschossen worden seien. An mangelnder Zielgenauigkeit lag es nicht: Laut der Kommission hätten Angehörige mehrerer Einheiten in enger Beziehung mit kriminellen Banden und der Mafia gestanden, denen sie die Munition verkauft oder als Gegenleistung vermacht hätten. Und zwar dafür, ihnen das Kanonenfutter in Form von Zivilisten zu liefern, um angebliche Erfolge gegen Rebellen oder Paramilitärs aufweisen zu können.



Systematische Hinrichtungen

Am gleichen Tag, als Präsident Uribe und Verteidigungsminister Santos reumütig die Absetzung der 27 Militärs verkündeten, rief die Koordinationsgruppe Kolumbien-Europa-USA, die mehrere Nichtregierungsorganisationen aus dem Menschenrechtsbereich umfasst, zu einer Pressekonferenz. Dort legten diese Zahlen dar, die klar belegen, dass der Fall Soacha keine Ausnahme ist, sondern die Hinrichtung von Zivilisten systematisch durch die kolumbianische Armee angewendet wird. Demnach seien sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch dem procurador general Untersuchungen gegen mehr als 3.000 Militärs wegen extralegalen Hinrichtungen anhängig. Laut den NGOs sind zwischen Juni 2002 und Juni 2007 bisher 955 Fälle solcher Exekutionen durch Sicherheitsbehörden registriert worden, was ein Anstieg von fast 70 Prozent zum gleichen Zeitraum davor bedeutet. Neu ist nicht, dass die Armee in Hinrichtungen von Zivilisten verstrickt ist, allerdings die massive Steigerung dieser Zahlen und deren Qualität: Traten in den neunziger Jahren meist Angehörige von Bauernorganisationen oder Gewerkschafter, denen die Mitgliedschaft in der Guerilla vorgeworfen wurde und die meist die Zielscheibe der gefürchteten paramilitärischen Verbände waren, auch in den Todeslisten der Armee auf, sind es nun im grossen Stil Namenlose, die eilig in Massengräbern verscharrt werden.

100 Euro für verschleppten Zivilisten

Laut einem ausführlichen Bericht der kolumbianischen Wochenzeitung *Semana* gibt es vier Opfergruppen, die bei den extralegalen Hinrichtungen ausfindig gemacht werden können: Ermordete Unschuldige, die wegen möglicher Konsequenzen durch die Militärjustiz verborgen und als gefallene Rebellen oder Kriminelle deklariert werden. Die zweite Gruppe gehört zu den „sozialen Säuberungen“. Drogenabhängige, Stadtstreicher oder vorbelastete Jugendliche werden ermordet und als Gefallene präsentiert, da das Risiko, dass jemand die Identität des Opfers untersucht, äusserst gering ist. Die dritte Gruppe sind Aktivisten oder Personen, die der Angehörigkeit zu einer Rebellengruppe verdächtig sind, aber gegen die keine Beweise für eine Festnahme vorliegen. Stattdessen werden diese kurzerhand unter dem Vorwand eines Gefechts ermordet. Besonders diese Gruppe war in der Vergangenheit Zielscheibe der berüchtigten Paramilitärs, die sich zwar als nationaler Verband in den letzten Jahren aufgelöst haben, sich aber in vielen Landesteilen wieder neu formieren. Der Anstieg der Hinrichtungen der Armee in den letzten Jahren legt deshalb die Vermutung nahe, dass nun wieder vermehrt die Streitkräfte die Drecksarbeit der Todesschwadron übernommen haben. Zur vierten Gruppe gehören Jugendliche wie aus Soacha, die in enger Zusammenarbeit zwischen Militäreinheiten und kriminellen Banden sowie der Mafia auf makabre Weise rekrutiert werden und die Aufdeckung ihrer Identität ebenfalls als unwahrscheinlich galt, da sie meist aus den Armenvierteln der Metropolen des Landes verschleppt wurden.

Die Rekrutierungsmethoden der Banden ähneln sich landesweit: Jugendliche Tagelöhner oder Personen, die sich ihr Geld im informellen Sektor verdienen, werden von Mittelsmännern mit einfachen und lukrativen Jobs umworben. Doch statt Arbeit erwartet sie der Tod in Scheingefechten der Armee. Rund 100 Euro sollen die Mittelsmänner laut *Semana* für jede Person verdient haben, die den involvierten Armeeeinheiten als Zielscheibe übergeben wurde. „Die Opfer wurden wie Vieh ins Schlachthaus geführt“, brachte es der kolumbianische Analyst Alvaro Camacho auf den Punkt.

Töten für mehr Urlaub

Der Anreiz für einige Militärs, auf extralegale Hinrichtungen zurückzugreifen, kommt letztlich von oben: Die kolumbianische Regierung vergibt verstärkt Geldprämien für die Denunzierung vermutlicher Rebellen, um so dem Kampf gegen die Guerilla mehr Ansporn zu geben. Zwar werden diese ausschliesslich an Zivilisten ausgezahlt, doch vermutet wird nun, dass korrupte Militärs in Zusammenarbeit mit eingeschworenen Zivilisten sich eine Scheibe von den saftigen Prämien abgeschnitten haben könnten. Doch auch für weniger lässt man Unschuldige über die Klinge springen: In vielen Bataillonen werden Soldaten extra Urlaubstage für präsentierte Tote zugeteilt. Während sich einfache Soldaten auf diese Art Erholung verschaffen, erhöhen sich deren Kommandanten dagegen deutlich ihre Aufstiegschancen innerhalb der Armee. Eine Hand wäscht die andere.

Obwohl die kolumbianische Regierung mehrfach beteuert hat, dass sie die Gefechtsmentalität innerhalb der Armee verändert habe und die Gefangenennahme statt Tötung von Rebellen, Paramilitärs oder Krimi-

nellen bevorzuge, hat sich die Mentalität des „Body count“ bisher nicht verdrängen lassen. Einige Beobachter erklären dies mit der Obsession Uribes, aussagekräftige Ergebnisse in Sachen Guerillabekämpfung vorzulegen. So erklären sich die erhöhten Zahlen extralegalen Hinrichtungen mit dem Beginn der Offensive gegen die Guerilla im Jahr 2002. „Theoretisch verlangt die Regierung nicht literweise Blut auf dem Schlachtfeld, aber in der Praxis sieht das anders aus“, erklärte der Ex-Militärberater Andrés Villamizar gegenüber BBC Mundo. „Vor wenigen Jahren wurde der begehrte Orden der Öffentlichen Ordnung an Soldaten vergeben, wenn diese fünf oder mehr Rebellen erledigt hatten“, so Villamizar. „Ich glaube nicht, dass sich daran etwas geändert hat.“

Fall für den Internationalen Gerichtshof

Im Zentrum des Skandals steht nun Verteidigungsminister Juan Manuel Santos, der Rücktrittsforderungen der Opposition bisher an sich abprallen liess. „Ich gebe zu: es gab extralegale Hinrichtungen durch die Armee, aber nicht in dem Umfang, wie es dargestellt wird“, minimierte der Minister die Auswirkungen des Skandals. Dass es der Minister in Detailfragen nicht so genau nimmt und lieber klotzt statt kleckert, zeigte er dieses Jahr. Die wohl grössten Erfolge der Armee konnte er zweifelsohne als Verteidigungsminister verbuchen, aber auch damit einhergehende Skandale. Die Ermordung des FARC-Kommandanten Raul Reyes auf ecuadorianischem Territorium durch einen widerrechtlichen Einmarsch der kolumbianischen Armee beendete jäh die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, die angespannter denn je sind. Wenige Wochen nach der Befreiungsaktion von Ingrid Betancourt kam ans Tageslicht, dass die Agenten Symbole internationaler Hilfsorganisationen und Medien benutzten, um die Guerilla zu täuschen, was laut Genfer Konventionen einem Verbrechen gleichkommt. Die Meuterei eines FARC-Kommandanten schliesslich, der seinen Vorgesetzten umbrachte und dessen Hand als Beweis abschnitt, um ein ausgesetztes Kopfgeld zu kassieren, stiess eine Diskussion um diese von der Armee angebotenen Zahlungen an. Für Santos waren das bisher nur Nebenerscheinungen, wo der Zweck die Mittel heiligt. Die extralegalen Hinrichtungen offenbar auch.

Dennoch könnten diese Fälle zukünftig schwere juristische und militärpolitische Konsequenzen nach sich ziehen. Der Generalstaatsanwalt Mario Iguarán erklärte, dass zwar seine Mitarbeiter bereits mehr als 1.000 Fälle untersuchen würden, diese aber womöglich in die Kompetenz des Internationalen Strafgerichtshofs fallen könnten. „Sollte sich herausstellen, dass die Erschiessungen systematisch erfolgten, was schwere Menschenrechtsverletzungen bedeuten würde, fielen diese Fälle in den Aufgabenbereich des Internationalen Strafgerichts“, so Iguarán. Die Koordinationsgruppe Kolumbien-Europa-USA kündigte an, ihren Bericht dem Gericht in Den Haag vorzulegen, um so einen Prozess anzustrengen.

Abgespekter Plan Colombia

Auch in Washington stieß die Nachricht der Hinrichtungen auf wenig Gegenliebe. Der US-Botschafter in Bogotá, William Brownfield, kündigte an, dass drei in diese Fälle verstrickte Einheiten keine US-Beratung und Ausbildung erhalten werden, was allerdings symbolischer Natur war, da diese auch zuvor keine direkte logistische US-Hilfe in Anspruch nahmen. Weit folgenreicher für die Uribe-Regierung ist die Ankündigung Washingtons jedoch, die Militärhilfe innerhalb des seit acht Jahren laufenden Plan Colombia zu reduzieren. „Ich sehe für die Zukunft nicht eine Beendigung unserer Hilfe, sondern eher eine graduelle Reduzierung“, erklärte Brownfield Ende Oktober. „Ich habe die Hoffnung, dass diese Kürzungen nicht allzu brutal ausfallen.“ Zwar wurden die US-Ausgaben für den Plan Colombia in Kolumbien für 2009 bereits beschlossen und sind mit 543 Millionen US-Dollar etwas geringer als in diesem Jahr. Aber bereits für 2010 befürchtet Bogotá eine substanzielle Kürzung, die das Land mit seinem aufgeblasenen Militärapparat nicht finanzieren kann. Der Skandal um die Hinrichtungen könnte unter dem kommenden US-Präsident Obama diese Reduzierung beschleunigen, genauso wie die sich vertiefende weltweite Wirtschaftskrise, die die US-Ausgaben für Militärhilfen sinken lassen dürfte. Wie teuer der Kampf des Plan Colombia ist, der sich vor allem gegen den Drogenhandel richten soll, zeigt die Studie von zwei Wissenschaftlern der kolumbianischen Universität Los Andes: Allein die Verhinderung, dass ein Kilo Kokain auf den Strassen der USA angeboten wird, kostet Washington rund 15.000 US-Dollar, während Kolumbien selbst bis zu 6.000 US-Dollar aufzubringen hat.

*Dieser Artikel erschien am 12. Novemer 2008 bereits im Online-Magazin Telepolis des Heise Verlages.
Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Autors.*